

KANTONALE VERWALTUNG WEITERER ABBAU IM OBERLAND BEFÜRCHTET

Motion gegen die Zentralisierung

Wird das Grundbuchamt Oberland nach Thun gezügelt? Werden Dienststellen in Frutigen und Interlaken geschlossen? In einem Brief wenden sich besorgte Verwaltungsangestellte an den Grossen Rat. SVP-Grossrat Thomas Knutti will mit einer Motion Gegensteuer geben.

«Für einmal sind wir nicht zu spät», sagt SVP-Grossrat Thomas Knutti (Weissenburg) gegenüber dieser Zeitung. In einer Motion verlangt er von der Berner Regierung «bei künftigen Reformen die regionalen Grundbuchämter nicht weiter zu zentralisieren und in sämtlichen Verwaltungskreisen zu belassen und zu stärken». Dies gelte insbesondere für die zwei Dienststellen in Interlaken und Frutigen. «Ich habe aus den Amtsstuben und Gemeinden alarmierende Signale vernommen, dass diese Dienststellen geschlossen werden sollen und alles in Thun zentralisiert wird.» Seine Motion, die auch fordert, dass bei künftigen Reformen die Regierungsstatthalterämter nicht weiter zentralisiert werden dürfen, wurde von weiteren Oberländer Grossräten der SVP, der EDU und der GLP unterzeichnet.

Gemeinden angeschrieben

Knutti betont, dass er keine Parteipolitik betreiben wolle. «Es ist kein SVP-Vorstoss, sondern einer der Oberländer.» Er hofft, dass man sich an der nächsten Sitzung des Oberländerrates (dem Zu-

sammenschluss der Oberländer Grossräte) auf ein gemeinsames Vorgehen einigen könne, und er will die Gemeinden beiziehen. Die Behörden seiner Heimatgemeinde Därstetten haben sich mit einem Schreiben an die restlichen 47 Gemeinden der Verwaltungskreise Frutigen-Niedersimmental, Interlaken-Oberhasli und Obersimmental-Saenen gewandt. «Die Antworten erwarten wir in den nächsten Tagen.»

Ebenfalls einen Brief schrieben die Mitarbeiter der Grundbuchämter Frutigen und Interlaken. Sie fordern die Grossräte auf, die Motion Knutti zu unterstützen.

Überprüfung «bietet» sich an

Eine Antwort gab es schon vom Regierungsrat: «Eine Zentralisierung oder Zusammenlegung von Regierungsstatthalter- oder Grundbuchämtern ist derzeit (auch im Rahmen des Entlastungspakets 2018) nicht geplant.» Diese Aussage zu Beginn der Antwort relativiert die Regierung in den weiteren Ausführungen aber deutlich. «Aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen und aus Gründen der rechtlichen und organisatorischen Umsetzbarkeit bietet es sich an, auch die Schliessung der Dienststellen Interlaken und Frutigen und damit die Zentralisierung des Grundbuchamtes Oberland in Thun zu prüfen.»

Zwar erwähnt der Regierungsrat auch, dass mit grösseren Einheiten der Organisationsaufwand zunehme. Und auch den

Verlust von Arbeitsplätzen in Randregionen und die damit verbundenen Ängste beim Personal sowie die eher kleinere Flexibilität grösserer Einheiten müssten einbezogen werden. Aber: «In Anbetracht des heutigen Standes der Digitalisierung und Informatisierung dürfte der mit der moderaten Zentralisierung zusammenhängende Verlust an Bürgernähe objektiv vertretbar sein.»

Laut Knutti wären bei einer Schliessung der Dienststellen des Grundbuchamtes in Frutigen 15 und in Interlaken 13 Stellen plus je zwei Lehrstellen betroffen.

Motion wäre «Denkverbot»

Bei den Statthalterämtern müsse man sich aus betriebswirtschaftlicher Sicht ähnliche Überlegungen wie bei den Grundbuchämtern machen, hält die Regierung fest. «So sind kleinere Regierungsstatthalterämter schon heute stark gefordert.» Zwar gehe die Regierung davon aus, dass «es auch in Zukunft weiterhin zehn Regierungsstatthalterämter in ihrer wichtigen Rolle als «Scharnier» und Bindeglied zwischen der Bevölkerung, den gemeinderechtlichen Körperschaften und dem Kanton geben» werde. Nur um gleich nachzuschieben: «Es kann jedoch nicht von vornherein ausgeschlossen werden, dass in Zukunft die heutigen Verwaltungsregionen und -kreise und damit die Anzahl der Regierungsstatthalterämter wieder überdacht werden könnte.» Eine An-

nahme von Knuttis Motion käme einem «Denkverbot» gleich, weshalb der Regierungsrat die Ablehnung beantragt.

Knutti misstraut der Antwort der Regierung. «Wie schon so oft heisst es, man wolle nur prüfen. Und dann wird man vor vollendete Tatsachen gestellt.» Er ist überzeugt, dass die Zentralisierung des Grundbuchamtes auf 2020 konkret geplant werde. «Das wurde mir von Leuten aus der Verwaltung bestätigt.» Und wenn einmal die Grundbuchämter weg seien, seien die Regierungsstatthalterämter an der Reihe.

Zweifel an Sparpotenzial

Dass mit der Zentralisierung Kosten eingespart werden könnten, bezweifelt Knutti stark. Dies habe man auch bei der letzten Reform der Verwaltung 2010 gesehen. «Auch damals hauierte die Regierung mit dem Sparpotenzial, unter dem Strich wurde nichts eingespart.» Weiter dürfe man nicht vergessen, dass eine Zentralisierung auch immer Investitionen in die Infrastruktur bedeute. «Am zentralen Standort braucht es grössere Räumlichkeiten.» Und auch der Pendlerverkehr, der heute für viele Probleme im ÖV und den Strassen Sorge, werde so verstärkt.

In den Gemeinden ist man alarmiert, wie Frutigens Gemeindepräsident Hans Schmid und Interlakens Gemeindepräsident und SP-Grossrat Urs Graf bestätigen. «Wir werden uns auf jeden

Fall zur Wehr setzen», meint Schmid. «Ich habe bis jetzt keine Zentralisierung erlebt, die tatsächlich eine Kosteneinsparung gebracht hätte.» Auch Graf gibt sich kämpferisch und erinnert an die Justizreform. Damals verlor Interlaken das Regionalgericht an Thun. «Doch der vereinte Einsatz des gesamten östlichen Oberlands zeigte Wirkung: Das Betreibungs- und Konkursamt zog im Schloss ein.» Graf glaubt an die Oberländer Solidarität. «Wir haben die Rückendeckung der Region.» Für Knutti und Graf stehen nun die Gespräche im Oberländerrat an. Dort ist auch der mögliche Nutzniesser Thun vertreten. Knutti ist optimistisch, dass sich die Reihen schliessen werden. «Es ist auch im Interesse der Stadt Thun, dass das Oberland nicht darbt», meint er.

Thun: Kein aktives Bemühen

Das bestätigt **Thuns Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP)**, ebenfalls Mitglied des Oberländerrates. «Es kann nicht unser Ziel sein, alles nach Thun zu holen. Das wäre für den Zusammenhalt im Oberland gefährlich.» Thun als starkes Zentrum sei wichtig, aber das Verhältnis müsse stimmen. Weiter gibt **Lanz** zu bedenken, dass für die kantonalen Ämter Bürgernähe wichtig sei. «Speziell das Statthalteramt ist als eine Art Ombudsstelle in der Region sehr wichtig.» **Lanz** hält fest: «Wir werden uns sicher nicht aktiv um diese Verwaltungsstellen bemühen.» *Samuel Günter*

Kommentar



Samuel Günter
Redaktor

Verheerendes Signal

Der Kanton Bern steckt viel Geld in die Standortförderung, um Firmen in alle Regionen des Berner Oberlandes zu locken. Geschenkt! Schliesslich hält die Regierung in ihrer Antwort auf die Motion Thomas Knuttis fest, eine Zentralisierung von Teilen der Verwaltung aus Frutigen und Interlaken weg nach Thun mache aus betriebswirtschaftlichen Gründen Sinn.

Das Signal ist verheerend: Wie will der Kanton gegenüber privaten Firmen das Bödeli oder Frutigen glaubwürdig als Standort preisen, wenn die Regierung am Sinn und an der Rentabilität seiner eigenen Dienststellen zweifelt?

Sicher lobenswert ist das Bekenntnis von Thuns Stadtpräsident Raphael Lanz zum Zusammenhalt. Man werde sich «nicht aktiv» um die Stellen bemühen, verspricht er. Das ist weitsichtig, schliesslich ist eine starke Stadt Thun auf ein gesundes Oberland angewiesen.

Mail: s.guenter@bom.ch



Im Schloss Interlaken arbeiten viele Kantonsangestellte. Oberländer Exponenten fürchten einen Abbau.

Bruna Petroni

«Kaffeesatz lesen kann ich nicht»

Christoph Neuhaus, Vorsteher Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion erklärt, weshalb der Regierungsrat die Motion Knutti ablehnt.

Grossrat Thomas Knutti macht sich Sorgen um die Grundbuch- und Regierungsstatthalterämter im Oberland. Zu Recht?

Christoph Neuhaus: Eine gewisse Gefahr besteht immer, schliesslich bestimmt das die Politik. Zudem herrscht im Kanton ein Überfluss an Geldmangel. Sparmassnahmen sind gesucht. Andererseits muss die Verwaltung immer mehr Aufgaben übernehmen. Entsprechend ist es eine Daueraufgabe der Regierung, die Verwaltungsorganisation zu



überprüfen, ob man sie verbessern kann. **Und wie sieht es 2020 aus?** Kaffeesatz lesen kann ich leider nicht. **Die Regierung möchte also weiter zentralisieren?** Nein. Es ist ein Reflex – nicht nur in der Politik –, wenn etwas nicht läuft wie gewünscht, es mit einer Reorganisation zu versuchen. Dabei wird das Problem oft nur verschoben statt gelöst. Aber wir haben von der Regierung einen Abklärungsauftrag erhalten. **Wann werden die in der Motion angesprochenen Dienststellen zum Thema?** Das kann ich so nicht sagen, da spielen viele Faktoren mit. Wie etwa die Digitalisierung. Heute machen in diesen Ämtern elektronische Kundenkontakte einen sehr kleinen Teil aus. Aber wie ist das in fünf oder zehn Jahren?

Also macht Knuttis Motion Sinn? Die Regierung lehnt den Vorstoss ab. Nicht weil wir die angesprochene Zentralisierung planen. Aber weil wir uns die Möglichkeiten offenhalten wollen und müssen, um auf auffällige Entwicklungen reagieren zu können. **In ihrer Antwort schreibt die Regierung, es biete sich an, «die Schliessung der Dienststellen Interlaken und Frutigen und damit die Zentralisierung des Grundbuchamtes Oberland in Thun zu prüfen». Eine Zentralisierung muss also stets aareabwärts erfolgen?** Sicher nicht. Im Rahmen der letzten grösseren Reform kam beispielsweise das Betreibungsamt nach Interlaken. Das käme dann drauf an, wo man Raum hätte, wenn wirklich was verändert würde. **Wann kommt die nächste Zent-**

ralisierung? Ich bin gegen Schnellschüsse. Die letzte grössere Reform ist noch nicht so lange her, entsprechend können wir uns Zeit nehmen. Bevor entsprechende Schritte veranlasst werden, braucht es eine genaue Auslegung und eine vertiefte Prüfung, ob tatsächlich ein Nutzen erzielt werden kann. **Die letzte Reform brachte keinen Nutzen, erklären Oberländer Politiker. Der Frutiger Gemeinderatspräsident Schmid meint gar, er habe noch keine Zentralisierung erlebt, die Einsparungen gebracht hätte.** Das sind harte Worte. Dabei wird unterschlagen, dass sich die Welt laufend verändert. In meiner Direktion arbeiten noch fast gleich viele Leute wie vor zehn Jahren, die Arbeitslast hat aber deutlich zugenommen. *Interview: sgg*

WO DIE VERWALTUNGSSTELLEN SIND

In einer Motion fordert Grossrat Thomas Knutti (SVP, Weissenburg), Grundbuch- und Regierungsstatthalterämter dürften nicht weiter zentralisiert werden (siehe Haupttext). In seiner Antwort zeigt der Regierungsrat auf, wie die Verwaltung in den Regionen präsent ist. «Selbstverständlich ist sich der Regierungsrat sowohl der Bedeutung der klassischen Bürgernähe im Sinne des Service public vor Ort wie auch der volkswirtschaftlichen Verantwortung als Arbeitgeber des Kantons bewusst». Dass die Regierung dabei die Pfarrpersonen – 458 Vollzeitstellen – erwähnt, die «im ganzen Kantonsgebiet präsent sind», irritiert Knutti eher. «Es ist ja klar, dass die Pfarrer(innen) in den Dörfern sind.»

Anderer Zahlen sind spannender. **10 941 Vollzeitstellen umfasst die Verwaltung des Kantons Bern. 58 Prozent davon konzentrieren sich auf den**

Grossraum Bern (Bern, Bremgarten, Ittigen, Ostermundigen, Muri-Gümligen und Köniz). «Die starke Vertretung von Mitarbeitenden im übrigen Kantonsgebiet dürfte auch künftig ein prägendes Merkmal der kantonalen Verwaltungsstruktur sein», hält der Regierungsrat fest.

8,5 Prozent der Stellen sind in den Oberländer Zentren Thun, Interlaken, Spiez und Frutigen – knapp mehr als in der Stadt Biel allein. Der Löwenanteil von 5,0 Prozent (541,8 Vollzeitstellen) fällt auf Thun ab. Interlaken kommt auf 1,8 Prozent oder 193,2 Vollzeitstellen, Spiez auf 1,3 Prozent respektive 146,3 Stellen und Frutigen auf 0,4 Prozent (48,1 Stellen). Diese Arbeitsplätze seien für die Gemeinde sehr wichtig, betont Urs Graf, Gemeindepräsident von Interlaken. «Das sind fast 4 Prozent unserer Arbeitsplätze. Und es sind hochwertige Arbeitsplätze.» sgg

Verteilung der Verwaltungsstellen im Kanton Bern

Insgesamt sind es 10 941 Vollzeitstellen

